

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Für eine echte Zeitenwende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Zwei Jahre ist es her, dass Russland am 24. Februar 2022 mit seinem brutalen Angriff auf die Ukraine den Krieg, der bereits 2014 mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und dem Krieg in der Ostukraine begann, in katastrophalem Ausmaß zurück auf unseren Kontinent gebracht hat. Schon zehn Jahre kämpft das ukrainische Volk aufopferungsvoll für seine Freiheit, die Rückerlangung der territorialen Integrität seines Landes und die Bewahrung seiner politischen Souveränität – zentrale Säulen des Völkerrechts. Dabei kämpfen die Ukrainer auch für unsere Werte, die liberale, regelbasierte Ordnung und somit für die Sicherheit ganz Europas.

Russland ist mit seiner militaristischen und revanchistischen Außenpolitik eine Bedrohung für Frieden und Sicherheit in ganz Europa und die Welt. Dabei spricht der Kreml seine imperialen und kolonialen Großmachtphantasien unverschleiert und für alle hörbar aus. Gleichzeitig hat Putin sein Land auf Kriegswirtschaft ausgerichtet. Experten gehen von einem Zeithorizont von höchstens fünf bis acht Jahren aus, bevor Russland in der Lage ist, die NATO konventionell herauszufordern.

Trotz dieser Bedrohungslage ist Deutschland von einem strategischen Paradigmenwechsel weit entfernt. Die vom Bundeskanzler in seiner Rede vom 27. Februar 2022 ausgerufene „Zeitenwende“ ist über das Stadium der Ankündigung nicht hinausgekommen. Die Unterstützung der Ukraine bleibt hinter dem notwendigen Maß zurück. Die „Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesregierung“ kratzt nur an der Oberfläche und zieht keine operativen Schlussfolgerungen für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Strukturelle Anpassungen für ein sicherheitspolitisches Frühwarnsystem, ein umfassendes Lagebild und damit eine Erhöhung der Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit des Staates, bspw. durch Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates oder die Stärkung der Nachrichtendienste, unterlässt die Bundesregierung. Ein Konzept für die staatliche Gesamtverteidigung, das auch den Zivil- sowie Bevölkerungsschutz angemessen berücksichtigt, sowie eine Gesetzgebung für den besseren Schutz kritischer Infrastrukturen werden in Ressortstreitigkeiten verschleppt. Der Verteidigungshaushalt erfüllt nur kurzzeitig und mit Rechenricks die 2-Prozent-Vorgabe der NATO. Ein notwendiger und belastbarer finanzplanerischer Aufwuchs wird ausgesessen. Die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr ist durch Materialabgaben und fehlende Beschaffungen in einem schlechten Zustand. Die gegenüber der NATO getroffenen Zusagen werden nicht eingehalten. Wille zur Übernahme von Verantwortung und Führung in Europa und einer glaubwürdigen transatlantischen Lastenteilung lässt die Bundesregierung nicht erkennen. Für die über Deutschland und Europa hinausgehenden

außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen fehlt der Bundesregierung die notwendige politische Aufmerksamkeit und Einigkeit. Mögliche Partner werden dadurch dem Einfluss systemischer Rivalen überlassen, Chancen und Potentiale ganzer Regionen nicht genutzt.

Deutschland braucht eine echte Zeitenwende. Wir müssen jetzt die Weichen für unsere Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit als Voraussetzung zur Wahrung unserer Freiheit und unseres Wohlstands stellen, in Deutschland und Europa. Ein Europa, das schützt, bedarf einer strategischen Neuausrichtung und einer kohärenten Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter gemeinsamer Führung des Weimarer Dreiecks aus Frankreich, Polen und Deutschland.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. Russland als existentielle Bedrohung anzuerkennen, der Bevölkerung transparent die daraus abgeleiteten Herausforderungen zu erläutern und dadurch ein Bedrohungsbewusstsein zu schaffen;
2. das Sanktionsregime gegen Russland weiter zu verschärfen, dessen Umsetzung zu kontrollieren und sich auf internationaler und EU-Ebene mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass russische Vermögenswerte, vor allem russische staatliche Devisenreserven im Ausland, im Rahmen des rechtlich Möglichen der Ukraine zugutekommen;
3. die Ukraine durch unverzügliche Lieferung von erbetenen und in Deutschland verfügbaren Waffensystemen (u. a. TAURUS) sowie Munitionssorten im Kampf gegen Russland zu unterstützen und dabei europäische Führung und Koordination zu übernehmen;
4. eine neue Nationale Sicherheitsstrategie vorzulegen, die unsere Interessen klar benennt, operationalisiert und sich nicht in Verweisen auf Folgestrategien verliert;
5. die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Bundesregierung mit einem im Bundeskanzleramt verankerten Nationalen Sicherheitsrat und einem angegliederten Lage- und Analysezentrum zu erhöhen;
6. die Arbeits- und Führungsfähigkeit der Bundesregierung in Krise und Krieg aus dafür vorgehaltener geschützter und gesicherter Infrastruktur aufrecht zu erhalten, was auch eine gesicherte Kommunikation von der Bundesregierung bis auf die Ebene der Bundesländer beinhalten muss;
7. die Nachrichtendienste durch Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen mit solchen Befugnissen auszustatten, dass sie mit unseren Partnern auf Augenhöhe zusammenarbeiten und Bedrohungen für die innere und äußere Sicherheit Deutschlands rechtzeitig und selbstständig erkennen können;
8. Verteidigung als gesamtstaatliche Aufgabe zu betrachten, unverzüglich auch unter Einbindung nichtstaatlicher Akteure ein umfassendes Konzept zur Gesamtverteidigung Deutschlands zu erarbeiten und die Umsetzung mit den notwendigen Strukturen, Fähigkeiten und Ressourcen zu hinterlegen;
9. die Gesellschaft insgesamt wehrhafter zu machen und die Bürgerinnen und Bürger zur notwendigen Übernahme von mehr Eigenverantwortung zu unterstützen, bspw. durch Schulungen und Handreichungen im Bereich der Eigenvorsorge und Selbsthilfe;
10. die kritische Infrastruktur wirksam gegen jegliche Art von Angriffen zu schützen und die Energieversorgungssicherheit zu erhöhen;
11. eine Rohstoff- und Energiestrategie zu entwickeln, die einen diversifizierten Zugang zu kritischen Rohstoffen garantiert sowie deren Bevorratung fördert;

12. den Bevölkerungs- und Zivilschutz durch Alarmierungsübungen, zusätzliche Schutzbauten sowie Bevorratung von lebensnotwendigen Verbrauchsgütern zu verbessern;
13. die NATO-2-Prozent-Zusage einzuhalten und nur solche Ausgaben einzuberechnen, die zweifelsfrei verteidigungsbezogen sind;
14. Verlässlichkeit und Planbarkeit bei der Finanzierung aller sicherheits- und verteidigungsrelevanten Bereiche unter Einhaltung der Schuldenbremse herzustellen und dafür die Prioritäten im Bundeshaushalt insgesamt neu zu ordnen;
15. den Verteidigungshaushalt stufenweise so fortzuschreiben, dass Deutschland auch nach Ausschöpfung des Sondervermögens die NATO-2-Prozent-Zusage als Untergrenze einhält und eine finanzielle Abbruchkante vermieden wird;
16. die Bundeswehr vollauszustatten und so die Voraussetzung zur Erfüllung der gegenüber der NATO gemachten Zusagen zu schaffen;
17. eine attraktive, leistungsfähige und einsatzbereite Reserve mit den dafür notwendigen Strukturen aufzubauen sowie den Zugriff darauf rechtlich zu regeln;
18. die Produktionskapazitäten der nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie mit einem besonderen Fokus auf Munition zu erhöhen und eine Strategie zu deren grundsätzlichen Stärkung zu erstellen sowie parallel hierzu auf eine verstärkte europäische Rüstungszusammenarbeit hinzuwirken;
19. die Innovationsfähigkeit und -geschwindigkeit zu erhöhen und dafür die Ausgaben für Forschung und Entwicklung so zu erhöhen, dass Deutschland in sensiblen Technologiebereichen weiterhin eine führende Rolle einnimmt und Know-how und Schlüsseltechnologien in Deutschland gesichert bleiben;
20. sich dafür einzusetzen, die im akademisch-wissenschaftlichen Bereich bestehenden Zivilklauseln national und auf europäischer Ebene abzuschaffen;
21. sich für die Stärkung und weitere Etablierung von Sicherheitsstudien an deutschen Universitäten einzusetzen;
22. eine pragmatische, mit den EU-Mitgliedstaaten abgestimmte und auf die heutigen Erfordernisse zugeschnittene Rüstungsexportkontrolle umzusetzen;
23. in Europa Führungsverantwortung zu übernehmen, dazu den engen Schulterchluss mit Frankreich zu suchen und das Weimarer Dreieck wiederzubeleben;
24. auf dem westlichen Balkan wieder eine führende Vermittlerrolle einzunehmen und gemeinsam mit anderen europäischen Partnern den Weg für eine echte und baldige EU-Beitrittsperspektive zu ebnen;
25. Afrika zur Chefsache zu machen und eine umfassende, realistische und europäisch abgestimmte Afrika-Strategie zu entwickeln und umzusetzen;
26. die transatlantische Partnerschaft zu vertiefen, um die Sicherheit und Souveränität Deutschlands militärisch und wirtschaftlich langfristig zu sichern;
27. noch intensiver mit den Werte- und Interessenspartnern im Indo-Pazifik zusammenzuarbeiten, um die Abhängigkeiten und den Einfluss von China zu reduzieren und gemeinsam für die regelbasierte Ordnung einzutreten;
28. Freihandel als gestaltendes Element des Außenhandelns zu begreifen und sich auf höchster Ebene dafür einzusetzen, dass die Europäische Union Freihandelsabkommen wie mit dem Mercosur-Raum oder Australien ratifiziert.

Berlin, den 20. Februar 2024

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion

